

Rede vor dem Wirtschaftsrat der CDU in Schwerin, 18.11.2010

Thema: Verteidigungspolitik im Umbruch – die CDU/CSU-Fraktion und die Reform der Bundeswehr

Kernbotschaft: Die Strukturreform der Bundeswehr ist eine Blaupause für erfolgreiche Politikgestaltung und -vermittlung in Zeiten von Stuttgart 21

I

Einleitung

Sehr geehrter Landesvorsitzender Mau, sehr geehrter Landesgeschäftsführer Roller, meine Damen und Herren,

vielleicht tun sich Ostdeutsche, wenn an Gewissheiten der Zahn der Zeit nagt, leichter mit dem Abschiednehmen.

Sicher hat das damit zu tun, dass wenig für die Ewigkeit ist. Welche der so groß propagierten Errungenschaften des Sozialismus hat denn die Wende von 1989/1990 überlebt?

Zuerst fallen manchem der grüne Pfeil und das Ampelmännchen ein. Und unsere Krippen und Kindergärten waren auch eine tolle Sache.

Nach mehr als fünf Jahrzehnten nehmen wir, so sagt man, Abschied von der Wehrpflicht. Es wird Zeit. Wenn es darum geht, wie wir unsere Armee umbauen, muss eine Frage im Mittelpunkt stehen: Was ist das Beste für unsere Sicherheit?

Wir sollten uns nur davon leiten lassen – obschon wir natürlich seit Otto von Bismarck wissen, dass Politik allenfalls mittelgroße Wunder vollbringen kann, weil sie eben nur die „Kunst des Möglichen“ ist.

II

Vorstellung/Begrüßung

Ich bin seit einem Jahr Mitglied des Deutschen Bundestages als direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Wismar – Nordwestmecklenburg – Parchim. Ich gehöre dem Verteidigungsausschuss an. Ich werde heute nicht nur über die Bundeswehr sprechen – aber auch. Und zwar weil ich glaube, dass wir hier viel lernen können über Politik insgesamt.

Mich macht es stolz, dass wir eine große Bundeswehrreform auf den Weg bringen werden. Dies ist ohne Zweifel ein Verdienst des mutigen und weitsichtigen Bundesverteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg.

III

Die Ergebnisse der Weise-Kommission

Obwohl noch nichts beschlossen ist, liegen die Grundzüge bereits vor: Aussetzung der Wehrpflicht, die im Grundgesetz für den Ernstfall erhalten bleibt, Abbau von Doppelstrukturen in der Verwaltung, Reduzierung der Truppenstärke von heute 252.000 auf unter 200.000.

So steht es im Bericht der Strukturkommission. Der Titel des 112-seitigen Werks könnte treffender kaum sein: „Vom Einsatz her denken. Konzentration, Flexibilität, Effizienz.“

Und darin finden sich Sätze wie: „Hinter jedem Soldaten im Einsatz stehen 35 Kameraden und 15 zivile Mitarbeiter im Grundbetrieb und zur Unterstützung.“ Benennen wir das Problem ruhig klar und deutlich: Wir haben einen riesigen Wasserkopf, wir haben zu viele Häuptlinge und zu wenige Indianer. Das tut keinem Stamm gut.

Die Kommission schlägt vor, die Zahl der Stellen im Verteidigungsministerium zu halbieren – von 3000 auf weniger als 1500.

Oder gleich der erste Satz des Berichts: „Die Truppe steht im Einsatz, und der Hubschrauber hebt nicht ab.“ Gemeint ist der NH90. 90 steht für 1990, da sollte er eigentlich fliegen. Nun – im Jahr 2010 – fliegt er immer noch nicht.

Wenn unsere Soldaten im Gefecht verletzt werden und nur auf dem Luftwege zu retten sind, müssen die Amerikaner anrücken, weil uns das Material fehlt. Immerhin: Unsere Jungs werden gerettet, und dafür sind wir den Amerikanern dankbar. Aber: Solche Defizite können wir uns nicht leisten, weil die Gesundheit und das Leben unserer Soldaten davon abhängen.

IV

Umzug des BMVg nach Berlin

Ich sage ganz offen: Ich wünschte, das Verteidigungsministerium würde komplett nach Berlin umziehen. Denn dass es seinen Hauptsitz auf der Bonner Hardthöhe hat, verschärft die Strukturprobleme noch. Wenn wir die Bundeswehr reformieren wollen, müssen wir damit aufhören, dass gependelt wird und Papiere zwischen Bonn und Berlin hin- und hergeschickt werden.

Warum haben wir überhaupt diese Trennung? Es war eine historische Debatte im Juni 1991 und vollkommen ungewiss, ob Bundestag und Regierung nach Berlin umzögen oder in Bonn blieben. Wolfgang Schäuble hielt die entscheidende Rede und überzeugte die letzten Unentschlossenen, für Berlin zu stimmen.

Das Berlin/Bonn-Gesetz von 1994 sieht eine „dauerhafte und faire Arbeitsteilung“ zwischen beiden Städten vor.

Bonn sollte schließlich nicht Verlierer der Wiedervereinigung sein. So wanderten 22 Behörden – etwa der Bundesrechnungshof und das Bundeskartellamt – an den Rhein. Sechs der 14 Ministerien haben ihren Hauptsitz noch immer dort.

Nun ist unser politisches Zentrum aber seit mehr als einem Jahrzehnt Berlin. Es kann nicht sein, dass wir einerseits selbst in strukturschwachen Regionen Kasernen schließen müssen, uns aber andererseits den Luxus leisten, zwei Dienstsitze zu bezahlen, die fast 500 Kilometer auseinander liegen. Das mag für die erste Zeit nach dem Umzug 1999 in Ordnung gewesen, darf aber nicht zum Dauerzustand werden.

Es ist absurd: Viele Beamte sind mehr in der Luft als am Schreibtisch. Allein in diesem Jahr fliegen sie 24.000-mal zwischen Bonn und Berlin und umgekehrt. Der Fachausdruck dafür ist übrigens: „aufteilungsbedingte Dienstreisen“. Ganz billig sind sie nicht: Sie kosten mehr als vier Millionen Euro pro Jahr.

V

Vom Einsatz her denken

Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz – und braucht deshalb auch eine Struktur, die dies zeigt. Wir verteidigen unser Land nicht mehr an einer Grenze, sondern in einem freiwilligen Bündnis mit Partnern – und zwar im Ausland, fern der Heimat, in internationalen Einsätzen.

Auch das wiedervereinigte Deutschland ist Mitglied der Nato – und hat Pflichten. Zentral ist dabei der Artikel 5 des Nato-Vertrags: Ein Angriff auf einen der Nato-Staaten gilt als Angriff auf alle Nato-Staaten. Artikel 5 ist in 60 Jahren nur einmal eingetreten: nach den Anschlägen vom 11. September 2001. Wir müssen die Streitkräfte so umbauen, dass wir unseren Aufgaben in der Nato auch in Zukunft nachkommen können.

Unsere Sicherheit hängt nicht mehr von der Wehrpflicht ab. Sie ist für eine Einsatzarmee kein Gewinn. So klagen Ausbilder über den sechsmonatigen Grundwehrdienst, der mehr einem Praktikum gleicht und viel Personal bindet, das anderswo gebraucht würde. Dass nur noch 16 Prozent der Männer eines Jahrgangs Rekruten werden, kommt hinzu. In Wirklichkeit haben wir schon heute fast eine Freiwilligen-Armee.

Ja, die Wehrpflicht war ein Pfeiler der bundesdeutschen Demokratie, und ich verstehe, dass sich viele mit der Aussetzung schwer tun – gerade in unserer Partei. Für viele gehört der Dienst fürs Vaterland zum Markenkern der Union. In diesem Fall freilich ist Sentimentalität kein guter Ratgeber.

VI

Die Union und der Abschied von der Wehrpflicht

Es wäre fatal, würden wir aus Eigennutz an der Wehrpflicht festhalten – bewahren würden wir nur: ein Relikt.

Christdemokraten müssen sich weder der Gesellschaft anbieten und noch jeden Trend ins Parteiprogramm schreiben. Aber: Auf Veränderungen müssen wir reagieren, wie wir das – manchmal unter erheblichen Schmerzen – immer getan haben.

Anfang der siebziger Jahre – das war deutlich vor meiner Zeit – liefen CDU und CSU Sturm gegen die Ostverträge der sozialliberalen Koalition unter Willy Brandt. Mancher Christdemokrat hat eben etwas länger gebraucht, um sich mit dem Verlust der einstigen Ostgebiete abzufinden und die Oder-Neiße-Linie als Grenze anzuerkennen.

Aber wie hätte die Union ohne diesen Schritt die friedliche Wende in Mittel- und Osteuropa glaubwürdig gestalten und meistern können?

VII

Die Union und der gesellschaftliche Wandel

Die CDU koaliert mit der FDP, der SPD und den Grünen. Sie bietet Menschen unterschiedlicher Biografien, Lebensentwürfe und Ansichten eine politische Heimat: Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen, Wirtschaftsliberalen und Arbeitnehmern, Vertriebenen und Leuten, die nicht in Deutschland geboren sind, dem Unverheirateten in Dresden und dem vierfachen Vater in Donauwörth. Konservativ kann nicht bedeuten, sich der gesellschaftlichen Realität zu verweigern – im Gegenteil. Nur wer sich ändert, kann auch bewahren. Und das ist konservativ im besten Sinne.

Und was bedeutet konservativ noch? Es kann sicher nicht bedeuten, von der vermeintlichen heilen Welt der fünfziger Jahre zu träumen. Diese Zeit ist vorbei, und so ganz paradiesisch, wie uns das die alten Heimatfilme glauben machen wollen, war sie vielleicht auch nicht.

Werte – auch konservative – wandeln sich. Zeitlos sind Sekundärtugenden: Standfestigkeit, Treue, Verlässlichkeit, auch Pünktlichkeit und Fleiß. Ohne sie kann ich mir einen Konservativen schwer vorstellen. Es gibt aber eben auch keine eindeutige Gebrauchsanweisung fürs Konservative.

Dass die Merkel-Deutschen anders leben und leben wollen als die Adenauer-Deutschen, dass Frauen Karriere machen – wollen wir Christdemokraten es ihnen verwehren?

Zudem ist das Private kompliziert geworden:

Homosexuelle sagen Ja zur Lebenspartnerschaft, Heterosexuelle Nein zur Ehe, Frauen um die Vierzig tragen stolz den ersten Babybauch ihres Lebens, und die Männer freuen sich auf die Elternzeit, obwohl die letzten echten Kerle über dieses „Wickelvolontariat“ gern feixen.

Dass die CDU heute für eine moderne Familienpolitik steht, ist ja ein Bekenntnis zur deutschen Wirklichkeit. Auch wenn es ihrem Ideal von Familie nicht entspricht, ist die CDU verpflichtet, auch Alleinerziehende zu unterstützen. Als Volkspartei dürfen wir niemanden ausschließen, und es widerspräche auch unseren christlichen Werten.

VIII

Wehrpflicht und die Wirklichkeit

Die Wirklichkeit ist es auch, die uns bei der Reform unserer Streitkräfte leitet. Die Wehrpflicht lässt sich nicht wegen ihrer Verdienste in der Vergangenheit verteidigen. Eine Armee muss eine Antwort auf die Bedrohungen ihrer Zeit sein. Und wir haben es mit neuen Bedrohungen zu tun, die Spezialisten verlangen: Denn kriegerische Auseinandersetzungen sind heute vielfach asymmetrisch. Der Feind kämpft nicht nach Regeln, und er ist schwer zu erkennen, weil er selten eine Uniform trägt. In Afghanistan erleben unsere Soldaten immer wieder, wie der Bauer, der scheinbar friedlich auf dem Esel zu seinem Feld zieht, plötzlich einen Sprengsatz zündet.

Ich weiß auch, dass sich mancher sorgt, ohne die Wehrpflicht seien die Soldaten nicht mehr verankert in der Gesellschaft. Nun, zum einen haben wir heute ein wehrhafte Demokratie. Zum anderen unterstellt diese Sicht den Zeit- und Berufssoldaten auch, sie kämen vom rechten Weg ab, würden keine Rekruten mehr nach der Schule in die Kasernen strömen.

Dies wäre ein Armutszeugnis für alle – für die Soldaten selbst und die Kommandeure, aber auch für die Politik, die ihnen schon seit längerer Zeit die Sicherheit des Landes maßgeblich anvertraut.

Das Vertrauen in unsere Streitkräfte ist groß. Nach einer Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr liegen sie auf der Vertrauensskala nach dem Bundesverfassungsgericht und der Polizei auf dem dritten Rang. 85 Prozent der Bürger stehen der Bundeswehr positiv gegenüber. Negativ eingestellt ist nur eine kleine Minderheit. Und dieses positive Bild in der Öffentlichkeit ist seit vielen Jahren nahezu ungetrübt.

Gleichwohl sprechen sich in Umfragen mehr als 70 Prozent gegen den Afghanistan-Einsatz aus. Der Verdacht liegt nahe, dass die Bürger ihre Soldaten besonders gern haben, wenn sie bei der Flut oder anderen Katastrophen Sandsäcke schleppen. Und die Bundeswehr ist wohl auch deshalb so beliebt, weil sie ein bedeutender regionaler Wirtschaftsfaktor ist. Man verschließt allerdings gern die Augen davor, dass unsere Soldaten im Zeitalter der Globalisierung tausende Kilometer entfernt ihr Leben und ihre Gesundheit riskieren, damit wir zu Hause in Sicherheit, Frieden und Freiheit leben können.

Wir verteidigen in Afghanistan nicht nur unsere Freiheit, unsere Demokratie, unsere Werte. Wir verteidigen – das wird gern vergessen – auch unseren Wohlstand. Wenn der Welthandel lahm gelegt wird vom internationalen Terrorismus, wenn der Warenaustausch unterbrochen ist, wenn wir nichts mehr importieren und nichts mehr exportieren – dann spüren wir alle das.

Im Übrigen: Solange die Gelöbnisse der Rekruten nicht auf Marktplätzen gefeiert werden, sondern auf schlichten Kasernenhöfen, und zwar oft streng bewacht, so lange habe ich große Zweifel an der Akzeptanz der Bundeswehr.

IX

PTBS

Schauen wir doch einmal, was es bedeuten kann, heute Soldat zu sein. Wir wissen, dass die Posttraumatischen Belastungsstörungen dramatisch steigen. Mehr als 460 Kameraden wurden allein im vergangenen Jahr deswegen behandelt – doppelt so viele wie 2008 und dreimal so viele wie 2007. In den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren es 493 – das sind jetzt schon mehr als 2009.

In Wahrheit werden es noch mehr traumatisierte Soldaten sein, denn nicht alle haben den Mut, sich zur Krankheit zu bekennen. Die Dunkelziffer ist hoch.

Wir müssen seelische Wunden genauso ernst nehmen wie körperliche. Wir sollten begreifen, dass unsere Soldaten Grausamkeiten sehen und erleben, die man ohne professionelle Hilfe nicht verarbeiten kann.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit als Verteidigungspolitikerin ist das Sanitätswesen der Bundeswehr. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Soldaten im Auslandseinsatz bestmöglich versorgt werden – auch nach ihrer Rückkehr. Ich engagiere mich im Bundesvorstand der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Soldatenbetreuung und besuche regelmäßig die Familienzentren und Soldatenheime.

Ich führe viele Gespräche – nicht nur mit Betroffenen, sondern auch mit Ärzten der fünf Bundeswehrkrankenhäuser und anderen Fachleuten.

(KURZE PAUSE)

X

ÜBERGANG ZUM THEMA STUTTGART 21

Meine Damen und Herren, wer vor einem Jahr prophezeit hätte, wir würden die Wehrpflicht aussetzen, wäre wohl in der Zwangsjacke aus dem Regierungsviertel geführt worden. Verteidigungsminister Guttenberg hat es gewagt, an diesem Tabu zu rühren. Er hat um Unterstützung für seine Idee geworben.

Er hat seine Idee vertreten und sich auch nicht bremsen lassen von Stimmen, die da sagten, die Wehrpflicht sei heilig. Er hat überzeugt – und manchen Sturm ausgehalten. Nun räume ich gern ein, dass jemand wie der Freiherr mit seiner Erscheinung vielleicht per se überzeugender wirkt als andere, die von den Genen und den Vorfahren nicht ganz so reich beschenkt worden sind – Normalsterbliche wie unsereins also. Gleichwohl ist der Weg zur Aussetzung der Wehrpflicht eine gute Blaupause für jede Politik. Wir können daraus viel lernen.

XI

Stuttgart 21

Und damit besteigen wir jetzt schnell den Zug in Richtung Schwabenland, genauer gesagt nach Stuttgart. Umsteigen müssen wir in Ludwigslust, Berlin-Spandau und Mannheim Hauptbahnhof. Fahrtzeit (ohne Verspätungen): 7 Stunden und 22 Minuten.

Und schon sind wir am Hauptbahnhof Stuttgart, uiuiui, ein Kopfbahnhof, ein bisschen aus der Zeit gefallen, nicht mehr ganz taufrisch.

Braucht Stuttgart einen neuen Bahnhof? Wer entscheidet das? Die Politik, gewählte Parlamente? Oder doch der Bürger?

Ich will gar nicht zu lange den Architekturkritiker geben, ich nehme an, Sie haben den Streit der vergangenen

Wochen und Monate ein wenig verfolgt. Für die notorischen Autofahrer der Hinweis: Es geht um den Bau eines unterirdischen Durchgangsbahnhofs. Befürworter – die Union gehört dazu – verweisen darauf, dass sich mit diesem gesamten Projekt eine Milliarde Pkw-Kilometer und 175.000 Tonnen Kohlenstoffdioxid sparen ließen.

Ein weiteres Argument ist: Stuttgart bekommt eine moderne Infrastruktur, weil unter anderem eine der wichtigsten europäischen Eisenbahn-Achsen, die Strecke Paris-Stuttgart-Wien-Bratislava, geschlossen wird. Und wir alle wissen ja: Dass Deutschland wettbewerbsfähig ist und im Wohlstand lebt, hat auch mit unserem modernen Verkehrsnetz zu tun.

Stuttgart 21 ist mehr als zehn Jahre lang diskutiert worden. Parlamente haben sich für Stuttgart 21 entschieden. Stuttgart 21 ist beschlossene Sache. Punkt. Und warum ist dann Heiner Geißler, eigentlich ein Politiker im Ruhestand, derzeit öfter im Fernsehen als Angela Merkel? Warum muss er schlichten? Nehmen wir uns für die Antwort einen Augenblick Zeit.

XII

Die repräsentative Demokratie

Dass wir heute eine Demokratie mit starken repräsentativen Zügen haben, ist ein Ergebnis unserer Vergangenheit. Nach dem Dritten Reich war das Misstrauen der Verfassungsväter (und vier -mütter natürlich!) gegen das Volk groß. So groß, dass man die Mitsprache stark beschränkte.

Das Volk, der Souverän, wählt Parteien und Politiker, um sich von ihnen vertreten zu lassen.

Ich bin – wen wundert's? – eine Anhängerin der repräsentativen Demokratie. Ich finde, sie hat einen riesigen Vorteil: Es gibt jemanden, der im Zweifelsfall verantwortlich ist. Politiker haften für den Schaden und können zurücktreten müssen. (Ich weiß, dass sich mancher beharrlich weigert.) Eine Regierung kann auch abgewählt werden. Kann das Volk abgewählt werden? Wie soll das Volk zum Rücktritt gezwungen werden, weil sich zufällig ein Ja im Volksentscheid im Nachhinein als falsch herausstellt? Sollen Millionen Deutsche gemeinsam vor die Presse treten und verkünden: „Wir übernehmen die politische Verantwortung und treten mit sofortiger Wirkung zurück“? Von was? Da hat man es mit uns Politikern, so sehr mancher auch am Sessel klebt, bedeutend leichter. Oder?

XIII

Die Probleme in der repräsentativen Demokratie

Die Frage ist trotzdem, wie die Politik damit umgeht, dass es vielen Bürgern nicht mehr genügt, alle vier oder fünf Jahre bei der Wahl etwas anzukreuzen.

Wir könnten dies natürlich ignorieren und darauf verweisen, dass wir gewählt worden sind und das Recht haben, zu entscheiden. Es wäre freilich unklug. Denn zur Demokratie gehört, dass wir die Menschen mitnehmen, dass wir zuhören, Sorgen und Anregungen aufnehmen, Kritik nicht einfach wegwischen, sondern Kritiker überzeugen.

Es wird immer Leute geben, die wir nicht überzeugen können – wohl auch, weil sich mancher nicht überzeugen lassen will. Aber versuchen müssen wir's.

Unsere Gesellschaft hat ein Fundament: Vertrauen. Politik braucht Vertrauen – die Wirtschaft übrigens auch. Wenn ich mein Auto in die Werkstatt bringe, vertraue ich dem Mechatroniker, ich verlasse mich auf ihn. Und es wäre schlecht für mich, würde er mein Vertrauen missbrauchen. Unter Umständen stelle ich nämlich bei voller Fahrt kurz vor einer scharfen Kurve fest, dass die Bremsen dummerweise gerade nicht bremsen.

Und der Mechatroniker wiederum vertraut darauf, dass ich die Rechnung für seine Arbeit bezahle. Ohne Vertrauen geht es nicht.

Jede Partei, jeder Politiker gibt im Wahlkampf Versprechen ab. Dann wird man für diese Versprechen gewählt und kann gleich nach der Wahl versprechen, dass man all diese Versprechen jetzt auch erfüllt. Das ist der Idealfall, also – wir sind ja unter uns – doch eher die Ausnahme.

Tatsächlich beginnt schon am Wahlabend die Suche nach Kompromissen – in der Partei selbst, zwischen ihren Flügeln und Landesverbänden, aber auch mit dem Koalitionspartner. Und die CDU hat ja zwei nicht immer ganz pflegeleichte Partner...

Kein Politiker der Welt wird sich mit all seinen Versprechen hundertprozentig durchsetzen können – zumindest in der Demokratie. Das ist kein Vertrauensbruch. Jeder muss an irgendeinem Punkt verzichten – und die Leute verstehen das auch. Aber: Das gesamte Paket – in unserem Fall der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP – muss das Vertrauen der Wähler rechtfertigen. Und wer regiert und gestaltet, der muss auch mit Widerstand rechnen. In einer Demokratie darf nichts alternativlos sein. „Regierungen“, die keine Alternativen wollten, hatten wir ja lange genug.

Bei Stuttgart 21 sind eben nicht alle überzeugt, dass dieser Durchgangsbahnhof gebaut werden muss. Unter denen, die sich da wehren, ist nicht bloß der Typ „Berufsdemonstrant“. Es sind auch klassische CDU-Wähler darunter. „Der Spiegel“ hat diese Leute zunächst „Wutbürger“ genannt und vor ihnen gewarnt; eine Woche später waren sie dann „Mutbürger“, die in einer Demokratie unverzichtbar sind – so kompliziert ist es also.

Trotzdem dürfen wir Leute, die anderer Meinung sind und das auch artikulieren, nicht als Störer empfinden. In der Demokratie stört niemand, der selbst ein Demokrat ist. Er muss sich natürlich an Spielregeln halten. Das Demonstrationsrecht ist ein hohes Gut – und jede Form von Gewalt ein Missbrauch dessen.

XIV

Bürgerbeteiligung 2.0

Es war nie leichter als heute, sich in Debatten einzumischen und Entscheidungen anzugreifen. Früher hat man Flugblätter drucken und in die Briefkästen werfen müssen.

Heute macht's der technische Fortschritt möglich, dass sich Gleichgesinnte über das Internet vernetzen, die Politik kontrollieren, sich informieren und zu Protesten verabreden. Eine noch so kleine Initiative kann mit ein paar Mausklicks Hunderttausende mobilisieren.

Das kann für die Politik unbequem sein. Also müssen wir unsere Ideen und Standpunkte mehr vermitteln, besser kommunizieren, wir müssen auf die Leute zugehen, nicht darauf warten, dass sie zu uns kommen. Das beginnt schon beim Bürgersteig im Dorf, der neu gepflastert wird und den die Hausbesitzer im Umlageverfahren bezahlen sollen.

Jeder ehrenamtliche Kommunalpolitiker kennt das: Kaum ein Bürger besucht mal die Sitzung der Gemeindevertreter, obwohl sie öffentlich ist. Die Leute kommen erst, wenn es ernst wird, und beschweren sich dann, niemand habe sie vorher informiert, dass da ein Bürgersteig gepflastert wird und sie es bezahlen sollen.

Wer ist im Recht, der Gemeindevertreter oder der Bürger, der sich von ihm vertreten lässt? Tja, beide kann man verstehen. Politik – ich weiß das – kostet Zeit und Kraft, ob man sie nun selbst macht oder nur intensiv verfolgt.

Und viele kommen abends von der Arbeit nach Hause und haben noch längst nicht Feierabend, weil sie jetzt als Papa gefragt sind, der am Bett eine Gute-Nacht-Geschichte erzählen muss, weil der Kleine dann besser schläft. Dass da die Politik vielleicht nur ein Randthema ist, ist menschlich. Umso wichtiger ist es, dass wir immer wieder vermitteln, was wir tun.

XV

Die Antwort der Politik: Transparenz und klare Worte

Zu einer solchen Politik gehört übrigens auch eine klare Sprache, eine Sprache, die nichts verschleiert, sondern Ross und Reiter nennt, die verständlich ist und auf Phrasen verzichtet.

Ich habe neulich in die Schlichtergespräche über Stuttgart 21 reingeschaltet, die ja im Fernsehen übertragen werden. Es war hochinteressant, wie Heiner Geißler, der Schlichter, die Streithähne immer wieder ermahnte, nicht herumzueiern, sondern daran zu denken, wer vor der Glotze sitzt. Ich erinnere mich besonders an eine Stelle: „Sagen Sie doch den Leuten, was das ist: DB Netz“, rief Geißler einem Vertreter des Verkehrsclubs Deutschland zu. „Ich weiß es, aber die Leute wissen es nicht.“

Als der Gescholtene weiter in seiner Expertenfremdsprache redete, langte es Geißler.

Er wurde jetzt doch recht ungehalten und bellte: „Sagen Sie doch: Das ist ein Subunternehmen der Deutschen Bahn.

Das versteht jeder!“

Der FDP-Mann Burkhard Hirsch, einst Vizepräsident des Bundestages, schrieb jüngst in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung: „Selbst parlamentarische Mehrheiten sind nicht von der politischen Pflicht befreit, sich ernsthaft und nachhaltig um die Zustimmung des eigentlichen Souveräns zu bemühen, nämlich um die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bürger, die sie repräsentieren sollen. Ohne diese Rückkopplung verliert eine parlamentarische Demokratie Basis und Glaubwürdigkeit.“

Das ist also die Antwort auf die Frage, warum Geißler mehr im Fernsehen ist als Merkel. Die Politik hat offenbar den Umbau des Stuttgarter Bahnhofes nicht genug begründet. Die Politik hat entschieden, aber nicht überzeugt.

XVI

Die Erfolge der Grünen

Und das ist auch deshalb bitter, weil es die Grünen größer macht, als sie es verdient haben. Die Vorzeigeökologen, die immer alles auf die Schiene verlagern wollen, sind auf einmal gegen Stuttgart 21. Wie grüne Knallfrösche hüpfen sie herum. Wenn sich die Grünen als Außenseiter verkaufen, die mit der gewöhnlichen Politik nichts zu tun haben, dann ist das Etikettenschwindel. Wenn Jürgen Trittin und Claudia Roth Revolution spielen, lachen ja die Hühner selbst in Freilandhaltung. Unangepasst sieht nämlich anders aus.

Die Grünen haben im Moment Erfolge als Neinsager. Sobald sie zu irgendwas Ja sagen und Vorschläge unterbreiten, ist da nicht viel.

XVII

Argumente für die repräsentative Demokratie

Ich glaube nicht, dass Volksentscheide und Volksbegehren auf Bundesebene die richtige Lösung wären. (In den Gemeinden und Ländern gibt es sie ja längst.) Ja, diese Formen der Beteiligung können unser parlamentarisches System bereichern und ergänzen. Aber ein Allheilmittel sind sie auch nicht – aus drei Gründen.

Erstens bezweifle ich, dass jeder Bürger Lust hat, sich andauernd – vielleicht alle zwei Monate – mit einem neuen Thema zu beschäftigen. Und eine Mehrheit müsste schon an der Abstimmung teilnehmen.

Zweitens ist die Gefahr bei Volksentscheiden, dass Vereinfacher, Demagogen und Populisten das Meinungsbild prägen, dass unser Land in einer Dauererregung versinkt, wo mitunter ein kühler Kopf gefragt wäre.

Drittens: Stellen wir uns vor, über die Atomkraft würde abgestimmt – und das Ergebnis wäre: 51 Prozent sind dafür, 49 Prozent dagegen. 51 Prozent sind der Sieg! Aber jede Regierung, die den Beschluss umsetzen müsste, hätte fast die Hälfte des Volkes gegen sich. Und die 51 Prozent verlangen vielleicht die Umsetzung ohne Kompromisse, ohne Abstriche.

Eines ist bei all dem entscheidend: Es kann nicht die Zukunft sein, dass jedes größere Projekt für Monate oder Jahre lahm gelegt wird. Wer Wohlstand will, muss auch Fortschritt wollen – und der duldet, das Wort sagt es ja schon, Stillstand nur bedingt.

Vielleicht müssen wir darüber nachdenken, die Beteiligten und Betroffenen an einen Tisch zu holen – und zwar, bevor die Bagger anrücken. Wer sich austauscht, die Sorgen des anderen kennt und vielleicht auch mal ein Bier miteinander trinkt, der geht nachher nicht so aufeinander los.

Irgendwann muss aber auch Schluss sein mit Diskussionen. Stellen Sie sich vor, Sie bauen ein Haus, haben alle Genehmigungen – und wenige sind das ja nicht gerade –, Sie feiern gerade Richtfest, und dann fordert der Nachbar einen Baustopp, weil ihm die Farbe Ihrer Dachziegeln missfällt, die gerade geliefert werden. So geht's natürlich nicht.

XVIII

Ein Jahr schwarz-gelbe Koalition – eine Erfolgsgeschichte

Politik muss vermittelt werden – das ist unsere Aufgabe. Und wir Christdemokraten haben ja Erfolge zum Vorzeigen – in Berlin genauso wie in Schwerin. Schauen wir nur auf den Arbeitsmarkt: Im Osten haben wir zum ersten Mal seit 1991 weniger als eine Million Arbeitslose. In Mecklenburg-Vorpommern sind 95.500 Menschen arbeitslos. Jürgen Goecke, der Chef der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, sagte jüngst: „Das habe ich mir nicht träumen lassen, als ich vor sechs Jahren in den Norden kam.“ Damals gab es 200.000 Erwerbslose.

Im kommenden Jahr dürfte die Zahl im Land unter die Grenze von 90.000 fallen; das hat zwei Gründe: zum einen die wirtschaftliche Erholung, zum anderen der Wechsel Älterer in die Rente. Im Vergleich dazu rücken viel zu wenig junge Leute in den Arbeitsmarkt nach, es sind die geburtenschwachen Jahrgänge der Nachwendezeit.

Trotz allem: Sechs Kreise liegen heute unter der Zehn-Prozent-Grenze: Bad Doberan als Spitzenreiter, Güstrow, Rügen, Ludwigslust, Nordwestmecklenburg und Parchim.

Als Angela Merkel 2005 Bundeskanzlerin wurde, waren nach sieben Jahren Rot-Grün fast fünf Millionen Deutsche ohne Job. Heute: 2.945.000. Damit haben wir zum ersten Mal seit 18 Jahren weniger als drei Millionen Arbeitslose. Und die Wirtschaft wächst weiter, allein in diesem Jahr um 3,7 Prozent – so viel hatten wir lange nicht mehr. Das Ausland beneidet uns darum.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung erwartet im nächsten Jahr einen Jobrekord: 40,4 Millionen Menschen könnten arbeiten – so viele wie noch nie im vereinigten Deutschland. Unser Land hat sich erholt von den Folgen der internationalen Weltfinanzkrise. Und heute stehen wir an der Spitze der Industrieländer.

Das ist – nicht nur, aber auch – ein Verdienst der Politik.

Wir haben in der Krise den Firmen großzügige Kurzarbeiterregelungen angeboten und so erreicht, dass die Stammbesetzung nicht entlassen worden ist. Heute werden diese Leute nämlich wieder gebraucht.

Nicht alles ist schon gut, aber vieles besser als vor ein paar Jahren. Wir werden weiter sparen müssen. Die Schuldenbremse – im Grundgesetz verankert – sieht vor, dass die Haushalte von Bund und Ländern in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auskommen. In Bundeshaushalt wird noch immer jeder fünfte Euro durch Schulden finanziert. Im letzten Etat waren 72 Prozent der Ausgaben fix, das heißt also: Wir geben sie aus für Soziales, Personal und Zinsen, für Rentner, für Kinder, für Hartz-IV-Empfänger. Der Rest, 28 Prozent, bleibt für Investitionen und dafür, die Zukunft unseres Landes zu gestalten.

Übrigens waren für diese Aufgaben 1991 noch 43 Prozent übrig. Wir können nicht zufrieden sein, wenn wir mehr Geld für Zinsen als für Investitionen ausgeben. Deshalb müssen wir umschichten und Geld sinnvoll einsetzen. Im Übrigen sollten wir große Steuererhöhungen vermeiden. Wenn die Wirtschaft weiter wächst, steigen die Einnahmen automatisch.

XIX**ENDE**

Es steht wohl nicht zu erwarten, dass die Opposition uns für das Erreichte stehend applaudiert. Das muss auch nicht sein, es ist ja nicht ihre Aufgabe, uns zu feiern und zu loben. Es wird weiter harte Auseinandersetzungen geben, auch Widerstände und gelegentlich Aufstände.

Und stürmisch wird es bisweilen auch sein, wenn zu viele auf einmal die Backen aufblasen. Keine Angst!

Solange wir uns über die Richtung einig sind, müssen wir nicht einmal im Gleichschritt marschieren.

Vielen Dank!